

Stellungnahme Bürgerforum Backnang - FDP zum Haushaltsplanentwurf 2020

Ich grüße Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper,
Herrn Ersten Bürgermeister Janocha, Herrn Baudezernent Setzer,
die gesamte Stadtverwaltung,
meine werten Kolleginnen und Kollegen Stadträte
sowie die anwesenden Damen und Herren und die Presse.

Als ich mich auf meine diesjährige Haushaltsrede vorbereitet habe, kamen mir die legendären Sätze des berühmten Fußballers George Best in den Sinn, der da einst sagte: „Ich habe viel von meinem Geld für Alkohol, Frauen und schnelle Autos ausgegeben ... den Rest habe ich verprasst.“

Lassen Sie mich gleich vorausschicken, dass der uns vorliegende Haushalt einem erweiterten Suizid gleichkommt. Wir sind seit jeher in der Rolle des Mahners hier im Backnanger Gemeinderat aufgetreten – auch in Vor-Corona-Zeiten!

Und nun kommt so ein Virus daher und bringt unsere Verwaltung zum Straucheln und setzt unsere Gesellschaft einem Stresstest aus, wie wir ihn seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen haben – Ende noch offen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf präsentiert uns eine immens zunehmende Verschuldung von über 600 % in den nächsten 2 Jahren. Das Geld wird rausgehauen als gebe es tatsächlich kein Morgen mehr, wohl aber die Hoffnung, dass Bund und Land, wenn denn alles in die Hose geht, sicher helfend zu Seite springen. Doch täuschen Sie sich da mal nicht! Bereits vergangene Woche hat Frau Merkel im Corona-Kabinett deutlich gemacht, dass ein Ende der Finanzhilfen kommen wird. Der Bayerische Ministerpräsident hat daraufhin beim virtuellen Parteitag der Jungen Union betont, dass die SPD verantwortlich für diese enorme Neuschuldenaufnahme ist und die CDU/CSU dem kritisch gegenübersteht. Erkennen Sie erste Auflösungserscheinungen?

Herr Janocha verweist auf die Prognosen der Wirtschaftsweisen. Es ist müßig anzuführen, wie oft besagte Weisen mit ihrer Weisheit daneben lagen und ihre Meinung ändern mussten oder von sich aus geändert haben. Wir prophezeien bereits jetzt, dass die Gesamtverschuldung in Anbetracht der Investitionen, die getätigt werden sollen, weit höher liegen wird, sodass ein Nachtrag zur Neuschuldenaufnahme notwendig sein wird.

Wir werden diesen Nachtrag hier in diesem Kreis wieder als alternativlos vorgestellt bekommen und die meisten hier im Gremium werden betreten zu Boden schauen und zustimmen. Aber egal! In Corona-Zeiten, in denen unser Finanzminister Olaf Scholz das Geld mit der Bazooka unter die Leute bringen möchte, schauen wir nicht mehr aufs Geld.

Herr Zipf erklärt diesen Schuldenberg zum Buchgeld-Papiertiger. Im Rausch einer Subventionsorgie aus Corona-Hilfsmaßnahmen und scheinbar unabwendbaren Investitionen hinterlassen wir einen Schuldenberg, der nie mehr abzutragen sein wird.

Wenn wir die Corona-Pandemie – vielleicht mittels Impfstoffes – Ende kommenden Jahres in den Griff bekommen, dann hat sich unsere Unternehmensstruktur grundsätzlich gewandelt. Viele Maschinenbaubetriebe, unsere Automobilindustrie sowie deren Zulieferer werden dann Mitarbeiter zu zehntausenden entlassen haben, viele Betriebe werden keine Fortführungsperspektive mehr haben. Das bedeutet, dass unsere Einnahmebasis eine völlig andere sein wird. Was lesen wir aber hier im Haushaltsentwurf? Die Hoffnung, dass nach der Pandemie die Erfolgsgeschichte unserer Region ohne jede Zäsur weitergehen wird.

Die Kollateralschäden einer oftmals falschen COVID-Politik werden in vielen Bereichen sichtbar:

Im Schulbetrieb, bei Schülern und Lehrern:

Der fehlende Breitbandanschluss unserer Schulen ist das Nadelöhr jedweder digitalen Bildung. Nichts ist passiert außer, dass Schulen WLAN und Tablets bekommen haben. Dafür brechen nun aber die Internetleitungen permanent zusammen. Wie soll so das Homeschooling funktionieren? Seit 9 Monaten hätten Bund und Land über Funksysteme nachdenken können. Statt Luftfilter für kleines Geld, wie vom Max-Planck-Institut aus München an Mainzer Schulen verbaut, lüften wir unsere Schulkinder bald „grippereif“. Hier wird Aktionismus betrieben, aber mehr nicht.

Sprechen Sie mal mit Backnanger Schulleitern oder Schülern. Alle geben ihr Bestes, aber ein funktionierender Schulbetrieb sieht anders aus. Die sich daraus möglicherweise ergebenden sozialen Probleme sind jedenfalls erschreckend. Denn die wirklichen Opfer werden schon heute als die „Abgehängte Generation“ bezeichnet - über die Hälfte aller Schüler der Klassen 1-12 haben eine schwierige Ausgangsposition und ungünstigem Umfeld. Man kann sich die Familie eben nicht aussuchen, in die man hineingeboren wird. Oftmals sind die Wohnverhältnisse nicht optimal, das Elternhaus ist geprägt von Bildungsferne, die Jugendlichen werden dort nicht gefördert und nicht angehalten zu lernen – diese Jugendlichen entdecken schnell die Wonnen des Laissez-faire. Diese jungen Leute werden zu Opfern der Pandemie, wenn sie nicht mehr in die Schule können. Daher wird krampfhaft versucht, den Schulbetrieb am Laufen zu halten.

Bei Unternehmen und Selbstständigen:

Ganze Branchen wie z.B. die Gastronomie und die Kulturbetriebe werden per Gesetz jetzt erneut an ihrer Berufsausübung gehindert und das trotz ausgefeilten und über Monate hinweg funktionierenden Hygienekonzepten, sowie der Erkenntnis, dass gerade diese Bereiche eben nicht die Treiber der Pandemie sind. Zugesagte Unterstützungsgelder sind versprochen, aber fließen nicht. Klar, wahrscheinlich hat mal einer nachgerechnet, was da für Kosten auf den Bund zukommen, und dann wurde verwaltungsintern ganz entspannt die Verzögerungsbremse gezogen.

Das ist extrem schlechte Politik auf dem Rücken der Selbstständigen, die weiteres Vertrauen zerstört. Auch unsere Innenstadt erlebt bereits ein Ladensterben. Sogar in der Stuttgarter Innenstadt hat es bereits begonnen. Die Leerstände nehmen stetig zu. Das Einzige was wie Pilze aus dem Boden schießt sind Barbershops. Anstelle mit Mundschutz zum Bummeln in die Stadt zu gehen, bestellen die Menschen immer mehr im Internet. Dort im Onlinehandel steigen die Umsätze extrem. Wer will es den Menschen verdenken? Wir wissen alle: Gewöhnt sich der Konsument an die vermeintlichen Vorzüge des Onlinehandels, wird sich dies nicht mehr so einfach zurückdrehen lassen. Ich sehe für den stationären Handel schwarz – rabenschwarz.

Im Bereich des sozialen Zusammenlebens:

Wir sind Menschen und Menschen brauchen den Austausch untereinander. Jeder Blickkontakt und jedes gesprochene Wort bringen uns einander näher. Durch das Tragen der Masken aber laufen die Menschen durch die Städte wie Zombies. Viele Menschen erkennen sich zum Teil gar nicht mehr. Selbst ein Dialog mit Corona-Mindestabstand kommt kaum noch zustande. Was das auf Dauer mit uns Menschen macht, ist noch gar nicht erforscht.

Und dann das Kompetenz- und Regelwirrwarr. Da kippt ein Verwaltungsgericht wie in Winnenden mal flugs die „Erweiterte Schutzzone, in der Maskenpflicht herrschen soll“, weil sie juristisch betrachtet nicht verhältnismäßig ist. Was für ein Debakel! An diesem Beispiel kann man ablesen was passiert, wenn eine Verwaltung im vorausseilenden Gehorsam mal wieder über das Ziel hinausgeschossen ist. Doch landauf-landab dasselbe. Überall finden sich nicht verhältnismäßige Verordnungen, die von Gerichten gekippt werden.

Nun, seit dem 18. November hat sich unsere Regierung ja einen Freibrief per Abstimmung geben lassen.

Im Bereich unseres gesellschaftlichen Miteinanders:

Bereits 2015 hat die Flüchtlingskrise unsere Gesellschaft gespalten. Damals, *als es um illegale Zuwanderung ging*, hat die Kanzlerin die warmherzige und mitfühlende Politikerin gespielt. Die Coronakrise fünf Jahre später spaltet die Gesellschaft weiter. Auch heute geht es, vor allem um Moral und den Anspruch das Richtige zu tun. Und dabei wird aus der barmherzigen Kanzlerin Merkel heute, *wenn es um die deutsche Bevölkerung geht*, eine eiserne Kanzlerin. Da wird gedroht, dass es kein Weihnachten geben wird, den Bürgern wird gleich „Bösen Kindern“ die Silvesterfeier auch im kleinen Kreis genommen, da werden europäische Nachbarländer wie die Schweiz und Österreich genötigt, die Skisaison zu verschieben und Bayern schikaniert Tagestouristen mit Quarantäne. Und das, trotz ausgefeilter Hygienekonzepte der Alpenländer. Geht man so mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern und unter souveränen Staaten um?

Wir würden uns einfach mehr Ehrlichkeit wünschen. Kein Hü und Hott, kein „Rin in die Kartoffeln – Raus aus die Kartoffeln“. Und nicht diesen Corona-Schlamassel der jeden Tag aufs Neue angerichtet wird.

Wir wünschen uns vielmehr einen Umgang mit uns Bürgerinnen und Bürgern, der uns und unsere Befürchtungen ernst nimmt, der uns mitnimmt und der nicht das Gefühl vermittelt, dass hier von oben herab über uns entschieden wird. Denn die bisherige Vorgehensweise droht unser bewährtes demokratisches System auszuhöhlen.

Zum Abschluss wiederhole ich, was ich bereits am Anfang gesagt habe: Es geht schließlich um unsere Existenz und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Und zwar mehr als jemals zuvor in den letzten 75 Jahren. Und eines ist auch klar: Irgendwann ist das Geld weg, aber die Probleme sind geblieben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.